

II-5794 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2888 13

1992-05-06

A N F R A G E

der Abgeordneten Anschober, Freunde und Freundinnen

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend Finanzierung von Osteuropas AKW-Programm durch EBRD, Weltbank und IWF

Gemäß Parlamentsbeschluß ist Österreich netto Einzahler in die EBRD. Am 24.2.1992 veröffentlichte die EBRD ein Kommuniqué, indem der Beschluß des board of directors veröffentlicht wird, wonach die EBRD in Zukunft verstärkt in dem Bereich Atomindustrie des ehemaligen Ostblocks zu investieren gedenkt. Der österreichische Vertreter in der EBRD, Dr. Luschin, hat auch in den öffentlichen Interviews diese Entwicklung bestätigt und kritisiert. Damit macht sich Österreich indirekt mit Steuergeldern zum Unterstützer des Atomprogramms in Osteuropa.

Nach den derzeitigen Plänen der internationalen Kapitalgeber soll im ehemaligen Osteuropa ein riesiges AKW-Programm mittels Weiterbetrieb bestehender Risikoreaktoren und Fertigbau bzw. Bau neuer Reaktorblöcke realisiert werden. Da die betroffenen Standortländer keine Möglichkeiten zur Finanzierung dieser neuen Gefahrenquellen aus eigenen budgetären Mitteln haben, werden derzeit internationale Finanzierungsbedingungen erarbeitet. Dabei werden neben der EBRD auch von Weltbank und IWF Kredite angeboten, die in erster Linie gegen Stromlieferungen rückbezahlt werden.

Da in dieser Entwicklung auch Österreich indirekt beteiligt ist, richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Finanzen folgende

ANFRAGE:

1. Wann kam es zur Sitzung des "Board of Directors" der "Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung", bei der die verstärkten Investitionen in die Atomindustrie im Februar d.J. beschlossen wurden?
2. Welchen Bericht lieferte darüber der österreichische Vertreter, Dr. Luschin, welchen Verlauf nahm die Diskussion im "Board of Directors", unterstützten auch andere Länder die ablehnende Haltung Österreichs und welches Ergebnis zeigte die entsprechende Abstimmung?

3. Von der EBRD wurde daraufhin eine eigene "Nuclear Advisory Group" eingesetzt. Wer sind die Mitglieder dieser "Nuclear Advisory Group" und hatte Österreich einen Einfluß auf die Bestellung dieser Mitglieder?
4. Zu welchem Detailergebnis kam die "Nuclear Advisory Group" bei der Beurteilung der AKW's der Oststaaten?
5. In welche Gruppen wurden die AKW's eingeteilt und welches AKW wurde welcher Gruppe zugeordnet?
6. Existieren Finanzschätzungen der EBRD für die Realisierung dieser Vorschläge?
7. Welches Investitionsvolumen wird für 1992 in die Atomindustrie des ehemaligen Ostblocks seitens der EBRD geplant?
8. Existieren Finanzpläne auch für die kommenden Jahre?
9. Ist es richtig, daß die EBRD Investitionen für die Sanierung Kosloduj's beabsichtigt?
10. Ist es richtig, daß die EBRD Investitionen für die Fertigstellung der AKW's Mochovce und Temelin plant?
11. Für welche GUS-Kraftwerke plant die EBRD Zuschüsse zu Sanierungsarbeiten?
12. Wie lautet 1992 das Gesamtkapital der EBRD, wie hoch sind die Einzahlungen Österreichs im Jahr 1992?
13. Existiert eine direkte Abstimmung der Investitionen der EBRD im Bereich Atomindustrie mit den Zielen der europäischen Energiecharta?
14. Wie begründet der Finanzminister seine warnenden Worte Mitte April 1992 auf der Gouverneurstagung der EBRD zum Thema AKW-Sanierung in Osteuropa?
15. Welche Möglichkeiten besitzt Österreich, aus der EBRD auszusteigen bzw. Einzahlungen mittelfristig zu stornieren bzw. einzufrieren?
16. Welche Schritte wird Österreich unternehmen, daß österreichische Steuergeld nicht in das Nuklearprogramm Osteuropas fließen?
17. Welche Konditionen nach Informationen des Finanzministers sind seitens der EBRD für die Kreditrückzahlungen der Betreiber der Ost-AKW's fixiert bzw. welche sind geplant?
18. Wird daran gedacht, diese Kredite via Stromlieferungen rückzuzahlen?
19. Falls dem Finanzminister derartige Überlegungen bekannt sind, gibt es derzeit dazu auch bereits dezidierte Aussagen der EBRD oder Beschlüsse seitens der EBRD?

20. Wenn ja, welche von konkretem Datum, mit welchem konkreten Inhalt?
21. Sind dem Finanzminister geplante oder beschlossene Finanzierungsprojekte der Weltbank bezüglich Sanierung, Weiterbau oder Bau von Atomreaktoren in Osteuropa bekannt?
Wenn ja, welche und mit welchen konkreten Finanzierungsdetails, Zeitplänen und Rückzahlungskonditionen?
22. Sind dem Finanzminister entsprechende Pläne seitens dem IWF bekannt?
Wenn ja, welche und mit welchen konkreten Finanzierungsdetails, Zeitplänen und Rückzahlungskonditionen?
23. Gibt es Grundsatzbeschlüsse innerhalb von Weltbank und/oder IWF bezüglich Investitionen in das Kernenergieprogramm Osteuropas?
Wenn ja, von welchem Datum, mit welchem konkreten Inhalt und welchen geplanten konkreten Projekten?
24. Welche Gesamtinvestitionen in den Nuklearbereich sind von Weltbank und IWF für die Jahre 1992 bis 1995 jeweils in den Nuklearbereich geplant?
25. Welche Investitionen wurden 1990 und 1991 von Weltbank und IWF in den Nuklearbereich Osteuropas getätigt?
26. Wie hoch belaufen sich die Einzahlungen Österreichs im Jahr 1992 in Richtung Weltbank und IWF?
27. Hat es jemals unter österreichischer Beteiligung eine Grundsatzdiskussion über die Sinnhaftigkeit dieser Investitionen im Bereich von Weltbank und IWF in den Bereich Kernindustrie Osteuropas gegeben?
Wenn ja, wann, mit welchem Diskussionsablauf und welcher Positionierung der Vertreter Österreichs?
28. Liegen dem Finanzminister Informationen über die Rückinvestitionen von Weltbank oder IWF in der Tschechoslowakai zur Fertigstellung der Atomkraftwerke Mochovce und Temelin vor?
29. Wenn ja, mit welchem konkreten Inhalt und welchen Details?
30. Wenn nein, kann der Finanzminister derartige Investitionen ausschließen?
31. Existiert im Rahmen von IWF und Weltbank ein Grundsatzbeschluß, wie diese Kredite in die Kernenergieprojekte Osteuropas rückzuzahlen sind?
32. Wenn ja, handelt es sich bei diesen Rückzahlungsmodalitäten auch um die Möglichkeit von Stromlieferungen?

33. Sehen Sie die soeben mit der Ukraine über 15 Jahre und eine Menge von 10.800 GWh abgeschlossenen Stromlieferverträge als förderlich für den Ausstieg aus der Atomindustrie bzw. haben Sie dazu Stellung bezogen?
34. Trotz des eindeutigen Willens der österreichischen Bevölkerung, den Ausbau der Kernenergie zu verhindern, scheint in der Zeitschrift "nucleonics week" vom 9. April Österreich anlässlich einer Konferenz am 3. April in Warschau als ein Mitglied der internationalen Gruppe der 27 "nuclear supplier states" auf. Stellten österreichische Unternehmen, deren Aktivitäten Grund für diese Mitgliedschaft sind, Anträge auf Haftungsübernahmen aufgrund des Ausfuhrförderungsgesetzes? Wenn ja, wie wurden diese Anträge behandelt und was war deren konkreter Inhalt?